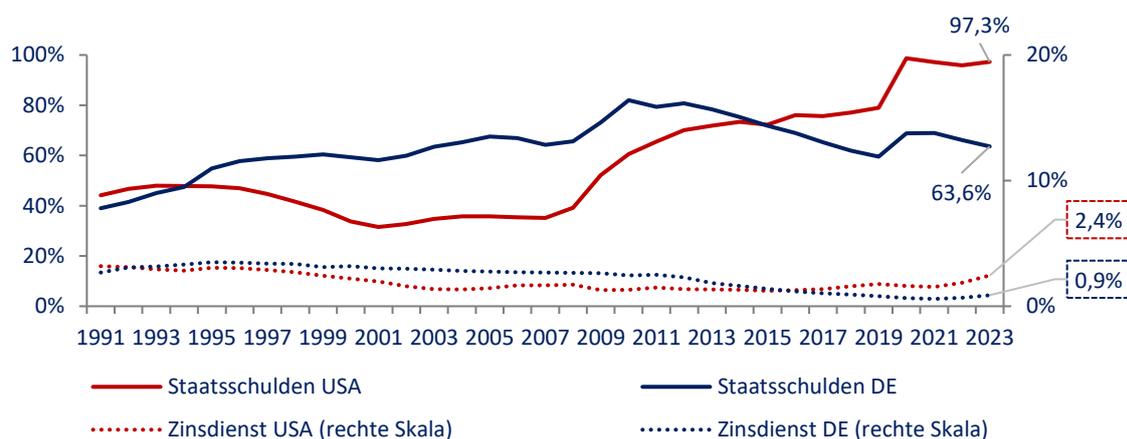


Chart der Woche vom 23.07.2024

Staatsverschuldung im Verhältnis zum BIP und Zinslast USA und Deutschland im Verhältnis zum BIP

Quelle: Deutsche Bundesbank, Congressional Budget Office (CBO)



Staatsschulden im Fokus

Bei den zahlreichen unterschiedlichen Fokusthemen, die den wirtschaftspolitischen Diskurs diesseits und jenseits des Atlantik prägen, gibt es eine Frage, die in den USA und in Deutschland gleichermaßen im Fokus steht: die Frage nach dem Umgang mit der Staatsverschuldung.

In den USA haben die von der Trump-Regierung beschlossenen und zunächst zeitlich begrenzten Steuersenkungen die Debatte befeuert. Nach Berechnungen des CBO, der Haushalts-Behörde des US-Kongresses, könnte die Schuldenlast bis 2035 im „Basis-Szenario“ von derzeit 97% des Bruttoinlandsproduktes (BIP) auf 116% steigen. Sollten die Steuersenkungen doch weiter bestehen bleiben, wovon bei einer zweiten Amtszeit von Donald Trump ausgegangen werden dürfte sowie die teils optimistischen Annahmen der CBO nicht eintreffen, könnte die Schuldenlast bis 2050 bis auf 185% des BIP ansteigen. Dabei sind die Handlungsspielräume der Regierung auf der Ausgaben, wie auf der Einnahmenseite begrenzt, die Biden-Regierung arbeitet indes an Maßnahmen zur Reduktion der Neuverschuldung.

In Deutschland rückte die Staatsverschuldung im November 2023, nach dem Urteil des Bundesverfassungsgerichts zur Schuldenbremse, in den Fokus. Im Ergebnis folgten schwierige Verhandlungen über den Haushalt 2025, die schließlich nach 23 Treffen zwischen dem Bundeskanzler, dem Bundesfinanzminister und dem Bundeswirtschaftsminister am 4. Juli 2024 zu einer Einigung führten.

Parallel dazu entbrannte erneut die Diskussion über die Zweckmäßigkeit der Schuldenbremse, welche die Möglichkeiten der jeweiligen Bundesregierungen zur Schuldenaufnahme begrenzt.

Doch hier enden schon die Parallelen zwischen den USA und Deutschland, denn, wie unser Chart der Woche zeigt, hat sich die Schuldensituation beider Länder seit der Finanzkrise in 2007 sehr unterschiedlich entwickelt.

Seit der Finanzkrise in 2007 stieg der Schuldenstand durch die Ausgabenpolitik der US-Regierung weiter nach oben, so dass die Gesamtverbindlichkeiten bereits nahezu das Sechsfache der Einnahmen der Regierung ausmachen (591%). Deutschland hat seit Einführung der Schuldenbremse eine andere Entwicklung eingeschlagen, und so ist es trotz der Corona-bedingten Mehrausgaben in den Jahren 2020-2021 gelungen, die Schuldenlast von damals über 200% der Einnahmen der öffentlichen Hand auf nunmehr 138% zu reduzieren.

Der im Chart der Woche gezeigte Zinsdienst bezieht sich jeweils auf das BIP. Ein anderes Bild ergibt sich, wenn man die Zinsen ins Verhältnis zu den Einnahmen der öffentlichen Hand setzt: hier liegt dieser für Deutschland trotz höherer Kapitalmarktzinsen bei lediglich knapp 2%, während die US-Regierung bereits 15% der Regierungseinnahmen für Zinsen ausgeben muss.

Mit der Schuldenbremse ist es gelungen, die deutschen Staatsfinanzen auf einen nachhaltigen Pfad zurückzubringen. Kritiker werfen ihr unterdessen vor, die Handlungsfähigkeit der Bundesregierung gerade angesichts aktueller drängender Krisen wie Klimawandel und Ukraine-Krieg einzuschränken, und sie fordern eine Anpassung der Regeln für zusätzliche Kreditaufnahme.

Auch wenn aktuell eine hitzige Debatte über die künftige Verschuldung der Bundesrepublik geführt wird, sollte nicht außer Acht geworden lassen, dass sich Deutschland im Gegensatz zu den USA und überdies auch zu vielen europäischen Ländern, in den letzten anderthalb Jahrzehnten zusätzliche Handlungsspielräume in Bezug auf den Staatshaushalt schaffen konnte.

Wichtige Hinweise

Die in diesen Publikationen enthaltenen Informationen stellen keine individuelle Anlageberatung dar, sondern geben in ihrer Eigenschaft als Werbung lediglich allgemeine Anregungen für mögliche Geldanlagen. Sie können nicht als Angebot aufgefasst werden, Kapitalanlagen zu kaufen, zu verkaufen oder zu deren Kauf oder Verkauf aufzufordern. Die zur Verfügung gestellten Informationen sollen lediglich eine selbständige Anlageentscheidung des Kunden erleichtern und ersetzen nicht eine anleger- und anlagegerechte Beratung.

Haftungsausschluss

Die TARGOBANK stellt Ihnen diese Informationen als Service und unverbindlich zur Verfügung. Sie sind sorgfältig und nach dem letzten verfügbaren Stand zusammengestellt. Eine Gewähr für die Zuverlässigkeit, Vollständigkeit und Richtigkeit der Inhalte übernimmt die TARGOBANK jedoch nicht, und die TARGOBANK haftet nicht für etwaige Schäden oder Verluste, die Ihnen direkt oder als Folgeschäden aus der Verwendung besagter Informationen entstehen.

Anlagen in die auf dieser Internetseite vorgestellten Produkte sind keine Bankeinlagen und sind nicht durch die TARGOBANK oder den Einlagensicherungsfonds garantiert. Die Performance der Vergangenheit lässt keine Rückschlüsse auf die zukünftige Wertentwicklung zu. Der Wert solcher Anlagen unterliegt den Schwankungen des Marktes, welche zum ganzen oder teilweisen Verlust des Investments führen können. Der Erwerb solcher Produkte ist mit Kosten/Gebühren verbunden. Für den Vertrieb der vorgestellten Produkte erhält die TARGOBANK möglicherweise Provisionen der Produktgeber.

Hinweis auf mögliche Interessenkonflikte

Die Verfasser der jeweiligen Publikation, aber auch die TARGOBANK bzw. deren Organe, Führungskräfte sowie Mitarbeiter halten möglicherweise Anteile oder Positionen an Wertpapieren oder Finanzprodukten, die Gegenstand der Publikationen sind. Die Verfasser der Publikationen bzw. die TARGOBANK können daher auch ein Geschäft in einem Finanzinstrument getätigt haben, das Gegenstand einer Publikation ist. Die TARGOBANK hat in Übereinstimmung mit den gesetzlichen und aufsichtsrechtlichen Regelungen interne organisatorische Vorkehrungen getroffen, um Interessenkonflikte bei der Erstellung und Weitergabe der Publikationen soweit wie möglich zu vermeiden.